

Außerdem:

Herr Hanno Kern	CDU-Fraktion	(ab 19:25 Uhr)
Herr Arno Enners	AfD-Fraktion	

Vom Magistrat:

Frau Dietlind Grabe-Bolz	Oberbürgermeisterin	(bis 20:36 Uhr)
Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin	
Frau Astrid Eibelshäuser	Stadträtin	

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Frau Andrea Allamode	Stellv. Schriftführerin
----------------------	-------------------------

Gäste/Sachverständige:

Reinhard Thies	Wohnbau Gießen GmbH	(bis 20:34 Uhr)
----------------	---------------------	-----------------

Entschuldigt:

Herr Zeynal Sahin	Vorsitzender
Frau Sandrine Piljanovic	Fraktion Bd'90/GR
Herr Michael Beltz	Fraktion Gießener LINKE

Der stellv. **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung und die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Soziale Wohnraumversorgung durch die Wohnbau Gießen GmbH - Information durch den Geschäftsführer Reinhard Thies
3. Vorlage der Sozialberichterstattung für 2017 STV/1391/2018
- Antrag der Fraktion Gießener LINKE vom 22.10.2018 -
4. Drogen- und Gewaltprävention an Gießener Schulen STV/1392/2018
- Antrag der FDP-Fraktion vom 22.10.2018 -
5. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. Soziale Wohnraumversorgung durch die Wohnbau Gießen GmbH - Information durch den Geschäftsführer Reinhard Thies

Herr Thies nimmt zu dem Thema „Soziale Wohnraumversorgung durch die Wohnbau Gießen GmbH“ ausführlich Stellung. Unter anderem führt er aus, dass die Stadt Gießen für den sozialen Wohnungsbau bereits einiges tue. Er verweist auf die rund 7100 Wohnungen der städtischen Gesellschaft, von denen derzeit noch etwa 1800 in der Sozialbindung seien. Mit einer Durchschnittsmiete von 5,49 Euro pro Quadratmeter bewegen sich auch 95 Prozent der nicht gebundenen Wohnungen im preisgünstigen Segment. Er macht allerdings deutlich, dass sich der Gießener Wohnungsmarkt in einem Spannungsfeld bewege. Denn die Stadt liege in der Peripherie Frankfurts und des Rhein-Main-Gebietes, so dass Probleme des Wohnungsmangels von dort nach Gießen ausstrahlen. Die Ansprüche der Bevölkerung an die Wohnungsgrößen werden immer größer, und auch aus dem ländlichen Raum ziehe es Menschen nach Gießen, was zu einem „scharfen Konkurrenzkampf um Wohnungen“ führe. Sieger seien vor allem jene Bevölkerungsschichten, die über die nötigen Finanzmittel verfügen.

Als weiteren verschärfenden Faktor nennt er die aktuelle Situation auf dem Kapitalmarkt, die letztlich auch dazu führe, dass Menschen ihr Geld in sogenanntes „Betongold“ investieren.

Dieses Phänomen gebe es auch in Gießen, so habe er vor ca. fünf Jahren eine Anfrage für das Flussstraßenviertel erhalten, wo ein Investor das ganze Viertel kaufen wollte. Als Ressource, mit der die Stadt reagiere, stelle die Wohnbau diesen Entwicklungen unter anderem den Wohnungsbestand der Wohnbau gegenüber. „Diese Ressource trifft auf eine Nachfrage von derzeit rund 1200 Haushalten, die auf der Warteliste der Wohnbau stehen“, erläutert Herr Thies. Bewerber aus dem Umland haben dabei keine Priorität, es handele sich dabei keinesfalls um Ausgrenzung, sondern um eine Art Notfallmaßnahme, mit der auf den Gießener Bedarf reagiert werde. Zudem sei die Versorgung der Stadt Satzungsziel der Wohnbau. „Derzeit sind wir dabei, die Registrierungs- und Vergaberichtlinien zu schärfen“, so der Geschäftsführer, der zudem auf die „sehr geringe“ Fluktuation aus den Wohnungen seiner Gesellschaft verweist. Beim Einwerben von sogenannten KfW-Mitteln sei die Wohnbau Hessenmeister,

was letztlich auch die Soziale Miete in Gießen ermögliche. Hinter diesem Begriff verberge sich der Ansatz der Wohnbau, die Mieten unter anderem für Bestands- und Quartiersmieter auf 6,50 Euro pro Quadratmeter zu kappen. Möglich werde dies dadurch, dass die Stadt zuschieße. „Wir können stolz auf das sein, was wir in Gießen leisten“, resümiert Thies, der unter anderem auch auf das Ziel der amtierenden Regierungskoalition, 400 neue Sozialwohnungen zu schaffen, hinweist.

Fragen der Stadtverordneten Dr. Greilich, Janitzki, Bietz und Heimbach werden von Herrn Thies beantwortet.

3. Vorlage der Sozialberichterstattung für 2017 STV/1391/2018 - Antrag der Fraktion Gießener LINKE vom 22.10.2018 -

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, die Zusammenfassung der Sozialberichterstattung innerhalb der Stadtverwaltung für das Jahr 2017 ihr und der Öffentlichkeit vorzulegen.“

Begründung:

Weil der letzte Sozialstrukturatlas für die Stadt Gießen aus dem Jahre 2009 stammte, hatte Ende vorigen Jahres die Fraktion Gießener Linke die Fortschreibung der Sozialberichterstattung in Form eines Kommunalen Armutsberichtes für die Stadt Gießen beantragt.

Die Koalition war unserem Antrag nicht gefolgt. Stattdessen hatte die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, einmal jährlich eine Zusammenstellung der Sozialberichterstattung innerhalb der Stadtverwaltung zu veröffentlichen.

Beratungsergebnis:

Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt (Ja: SPD, CDU, GR, LINKE, FW, FDP; StE: AfD).

4. Drogen- und Gewaltprävention an Gießener Schulen STV/1392/2018 - Antrag der FDP-Fraktion vom 22.10.2018 -

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass jedes Kind in Gießen während seiner Grundschulzeit ein geschlechterübergreifendes Trainingsprogramm zur Prävention von Sucht und Gewalt absolviert, dass es den Schülerinnen und Schülern ermöglicht, in Problemsituationen eigenverantwortlich zu handeln.“

Begründung:

Die Schulen als Spiegelbild unserer Gesellschaft bleiben von Gewalt und

Drogenkriminalität nicht verschont.

Nur eine offene Zusammenarbeit zwischen Schulgemeinde, Stadt und Justiz ist geeignet, das Problem wirksam zu bekämpfen und Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Hierbei haben die Arbeitsgemeinschaft gegen Gewalt an Schulen (AGGAS) und die Aktion Schule machen ohne Gewalt (SMOG) schon wertvolle Hilfe geleistet und sollen dies auch weiterhin leisten.

Für eine wirksame Frühprävention gegen Sucht und Gewalt bedarf es jedoch aus Sicht der Freien Demokraten zusätzlich eines geschlechterübergreifenden Trainingsprogramms, das jedes Gießener Grundschulkind absolvieren soll, um in Problemsituationen eigenverantwortlich handeln zu können.

Die Finanzierung dieser Präventionsmaßnahme sowie Struktur und Umsetzung derselben muss mit dem Staatlichen Schulamt, Polizei, Landesregierung und den Eltern abgestimmt werden.

Stv. Dr. Greilich begründet den vorliegenden FDP-Fraktion.

Stv. Helmchen, CDU-Fraktion, erklärt, die Koalition sehe die Zuständigkeit nicht bei der Stadt Gießen. Sie regt daher an, **den Antrag wie folgt zu ändern:**

„Die Stadtverordnetenversammlung regt eine Zusammenarbeit der Gießener Grundschulen mit dem Jugendbildungswerk der Universitätsstadt Gießen an, zwecks gemeinsamer Sucht- und Gewaltprävention.“

Stv. Dr. Greilich, FDP-Fraktion, übernimmt die vorgeschlagene Änderung.

An der Diskussion beteiligen sich die Stadtverordneten Dr. Greilich, Bietz und Grußdorf sowie Stadträtin Eibelshäuser und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Beratungsergebnis:

Geändert einstimmig zugestimmt (Ja: SPD, CDU, GR, AfD, LINKE, FW, FDP).

5. Verschiedenes

Vorsitzender teilt mit, dass die nächste Sitzung am 5.12.2018, 19:00 Uhr, stattfindet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER STELV. VORSITZENDE:

(gez.) U e l m a n

DIE STELV. SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) A l l a m o d e